

Arbeitsmarkt / Jugendberufshilfe / Kinder / Jugend / Soziales Rat 10.07.2012

TOP: Ö 5.1

Gremium: [Rat der Stadt Osnabrück](#)

Beschlussart: ÄA ZG angenommen

Datum: Di, [10.07.2012](#)

Status: öffentlich/nichtöffentlich

Zeit: 17:00 - 18:40

Anlass: Sitzung

Raum: Rathaus, Ratssitzungssaal

Ort: Markt, Osnabrück

————— [VO/2012/1242 Jugendberufszentrum
Dammstraße](#)

Status: öffentlich

Vorlage-Art: Antrag

: 1. CDU-Fraktion

Beratungsverlauf:

Herr Keite begründet den Antrag namens der CDU-Fraktion. Er verweist darauf, dass im Jugendzentrum Dammstraße seit 1995 Menschen mit unterschiedlichen Eingliederungshemmnissen betreut werden. Er erläutert, in welcher Form Jugendliche dort Unterstützung erhalten und hebt die besondere Qualität der Arbeit des Jugendberufszentrums hervor.

Er macht ferner deutlich, dass das am [01.04.2012](#) in Kraft getretene Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt auch die Stadt Osnabrück vor besondere Herausforderungen stelle. Auswirkung dieses Gesetzes sei es, dass künftig ausschließlich zertifizierte Einrichtungen den Zuschlag erhalten und darüber hinaus in öffentlichen Vergabeverfahren über den [31.12.2012](#) hinaus über die Zuschläge entschieden werde. Er verweist auf den auslaufenden Vertrag für das Jugendberufszentrum Dammstraße zum Jahresende und hebt gleichzeitig die Notwendigkeit künftiger Angebote für die bisherige Zielgruppe des Zentrums hervor. Die Verwaltung solle daher gebeten werden, dem Rat frühzeitig Optionen darüber vorzulegen, wie künftig die Arbeit im Jugendberufszentrum Dammstraße fortgeführt werden könne. Es müsse vermieden werden, dass die entsprechende Entscheidung unter Zeitdruck gerate.

Herr Sommer begrüßt namens der SPD-Fraktion den Antrag der CDU-Fraktion, der in die richtige Richtung ziele und stimmt namens der SPD-Fraktion der Antragstellung zu, wobei eine Ergänzung im Bereich der Vorschriften des SGB VIII vorgenommen werden müsse. Er teilt die Auffassung von Herrn Keite, wonach die Instrumentenreform die Stadt Osnabrück vor große Herausforderungen stellen werde. Er befürchtet als Auswirkung der Reform, dass die Qualität der Angebote stark heruntergefahren werde. Die Stadt Osnabrück müsse mit ihrem Angebot in Konkurrenz zu Trägern, treten, die geringere Standards erfüllen. Er erläutert weitere Einzelheiten der bevorstehenden Änderungen und er unterbreitet namens der Zählgemeinschaft SPD/Bündnis 90/Die Grünen den folgenden Änderungsantrag (siehe Vorlage 1342):

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Rahmen eines **Sachstandsberichts** darzustellen, (weiter wie im Ursprungsantrag) ...

An den Ursprungsantrag wird der folgende Absatz angefügt:

„In diesem Zusammenhang sind auch fachliche Alternativen zu SGB II-Maßnahmen in Form von problemlösenden Angeboten aus dem Bereich der Jugendsozialarbeit (SGB VIII) darzustellen. Hierbei soll die Verwaltung eine Einschätzung vornehmen, ob die bereits durchgeführten Maßnahmen im oben genannten Sinne – z. B. Schulpflichterfüllung und Begleitung von Schule in den Beruf – in Kooperation mit Schulen und örtlichen Bildungsträgern ausgebaut bzw. intensiviert werden müssten.“

Herr Dr. Thiele hebt namens der FDP-Fraktion die Bedeutung der Angebote des Jugendberufszentrums Dammstraße für Osnabrück und für die Osnabrücker Jugendlichen hervor.

Auch er spricht sich für die Fortführung der Angebote aus und begrüßt, dass die CDU-Fraktion dem Änderungsantrag der Zählgemeinschaft zustimmen wolle.

Herr Hagedorn bezeichnet namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die künftige Mittelvergabe als problematisch. Er hebt ebenfalls die bisherige erfolgreiche Arbeit des Jugendberufszentrums Dammstraße hervor. Er spricht sich dafür aus, die bevorstehende ungewollte Veränderung zum Anlass zu nehmen, das bisherige Eingliederungsangebot für junge Leute zu überprüfen.

Herr Ratsvorsitzender Thöle führt die zusammengefasste Abstimmung über beide vorliegenden Anträge wie folgt herbei:

Abweichender Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Rahmen eines **Sachstandsberichts** darzustellen, welche Auswirkungen das Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt (so genannte Instrumentenreform) auf die künftige Arbeit des Jugendberufszentrums an der Dammstraße haben wird bzw. haben könnte und wie aus Sicht des Fachbereiches für Kinder, Jugendliche und Familien damit umzugehen ist.

Sofern mit einer Reduzierung oder einem Wegfall von SGB II-Mitteln zu rechnen ist oder ein solches Szenario nicht ausgeschlossen werden kann, ist dem Rat spätestens im September 2012 vorzulegen, welche Optionen aus Sicht der Verwaltung bestehen, damit die erforderliche fachliche und politische Bewertung, vor allem in Hinblick auf die Laufzeit des Vertrages mit dem Jobcenter Osnabrück, rechtzeitig erfolgen kann.

In diesem Zusammenhang sind auch fachliche Alternativen zu SGB II-Maßnahmen in Form von problemlösenden Angeboten aus dem Bereich der Jugendsozialarbeit (SGB VIII) darzustellen. Hierbei soll die Verwaltung eine Einschätzung vornehmen, ob die bereits durchgeführten Maßnahmen im oben genannten Sinne – z. B. Schulpflichterfüllung und Begleitung von Schule in den Beruf – in Kooperation mit Schulen und örtlichen Bildungsträgern ausgebaut bzw. intensiviert werden müssten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **angenommen.**